

**GASTKOMMENTAR** Arbeitslosengeld und Bürgergeld / Von Michael Eilfort

## Hauptsache gleich ärmlich

Wenn vom Dreiklang aus „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ die Rede ist, praktizieren die Volksparteien seit Jahrzehnten meist eine Arbeitsenteilung besonderer Art: Freiheit für die Sonntagsreden und gelegentlich für die Regierungserklärungen. Solidarität und Gerechtigkeit – missverstanden als Chiffre für stets populäre Umverteilung – für die Praxis. Die einzige „Kunst“ besteht darin, die Kosten dafür zu verschleiern beziehungsweise die Rechnungen kommenden Generationen zuzustellen.

„Mehr Freiheit wagen“: Ist der Aufruf nur ein Jahr entfernt oder eher Lichtjahre? Schon die eher defensive Wortwahl von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Herbst 2005 verrät, wie groß nach Jahrzehnten ungebremster Staatsgläubigkeit und spendablen Gutmenschen à la Blüm die Verwirrung in den Köpfen ist: Freiheit erscheint offensichtlich als bedrohlich, ist also ein Wagnis. Dagegen gehen Politiker nicht das geringste Risiko ein, wenn sie ungeachtet der Kassenlage neue zusätzliche Wohltaten versprechen.

Die populär-profilbildende Forderung, das Arbeitslosengeld I im Bedarfsfall nach Maßgabe der Dauer der „Einzahlung“ zu verlängern, ist ökonomisch, ordnungspolitisch, fiskalisch und als von jungen Familien finanziertes Frühverrentungsprogramm auch sozial unsinnig. Statt den Menschen endlich zu erklären, dass die Arbeitslosenversicherung eine Versicherung ist, bestärkt man sie in einem verbreiteten Irrtum. Bekommt demnächst ein Herzinfarktpatient, der 30 Jahre krankenversichert war, eine dreimal so umfangreiche Behandlung wie der, der nur zehn Jahre „eingezahlt“ hat?

Bei allem Verständnis für Vorwahlmanöver in Nordrhein-Westfalen: Dass Minister-

präsident Rüttgers am Jahrestag des Mauerfalls in dieser Zeitung schreibt, Freiheit und Selbstbestimmung würden erst durch Gerechtigkeit und berechenbare Sozialleistungen ermöglicht, verdreht die Zusammenhänge. Sind denn die Menschen in der DDR, in der es wahrlich genug Gerechtigkeitsgetöse und (erzwungene) Solidarität gab, 1989 für berechenbare Sozialleistungen auf die Straße gegangen?

„Mehr Freiheit wagen – Lichtjahre entfernt“



Lässt man nur das Wort „Gerechtigkeit“ fallen, stößt man in Deutschland leicht auf Sympathie. Ein Ohr für wahl-einflussreiche Teile des Volkes zu haben ist das eine, ihnen nach dem Mund zu reden etwas ganz anderes. Wieso Sicherheiten vorgaukeln, die niemand einlösen kann? Bestünde politische Verantwortung nicht darin, die Chancen der Freiheit zu vermitteln und Menschen aus der Lethargie zu reißen? Müsste man ihnen nicht besser Freiraum und Anreize zur eigenen Leistung geben – und seien es im Notfall Sanktionen, um allzu menschliche Bequemlichkeit zu Lasten der Solidargemeinschaft nur mehr zu schlechteren Bedingungen hinzunehmen? Wirklich zufrieden machen den Menschen nur Ergebnisse eigener Anstrengung, nicht staatliche Transfers. Im Rahmen der aktuellen Diskussion erscheint Gerhard

Schröder fast als Lichtgestalt. Und Kurt Becks wie Franz Münteferings Stehvermögen in dieser Frage verdient allen Respekt. Sie haben recht: Statt die Stärken der Agenda 2010 wieder aufzuweichen, sollten die Schwächen korrigiert und das „Fördern und fordern“ besser austariert werden. In diesem Punkt gilt es, da anzuknüpfen, wo die rot-grüne Regierung aufgehört hat – nur für den Kündigungsschutz und die betrieblichen Bündnisse für Arbeit gilt das nicht.

Leider rollt nach dem Rückfall beim Arbeitslosengeld aus den Tiefen der Union schon die nächste wohlfahrtsstaatliche Welle heran: das „solidarische Bürgergeld“. Dieses „bedingungslose Grundeinkommen“ klingt zu schön. Es bedeutet: statt „Fordern und fördern“ das Ruhigstellen von allen. Statt Bürger, die grundsätzlich für sich selbst verantwortlich sind und denen (nur) im Notfall zu helfen ist, unmündige Menschen am Tropf des bemutternden Staats. Ganz abgesehen von 165 Milliarden Euro Kosten bei einer Leistung von monatlich 800 Euro: Glaubt irgendjemand an die große Vereinfachungsmär, nach der alle Ausnahmen und damit alle Sozialbürokratie entfielen?

Mit dem „solidarischen Bürgergeld“ wäre die schleichende Verwandlung der sozialen Marktwirtschaft in einen Laubenpieper-Sozialismus abgerundet: Ärmlich und sexy, wenig leisten, ganz gut leben – Hauptsache, alle gleich. Für die Freiheit in diesem Land bedeutete das einen weiteren Sargnagel.

Der Autor ist Vorsitzender der Stiftung Marktwirtschaft

forum@welt.de